

sches Fundament zu geben (vgl. den vollen Wortlaut in: HK, April 1974, 194–197).

Über diese manchmal unverständlichen Verhandlungen wurde hier ausführlich berichtet. Vor einem neuen Versuch, die Grundordnung der EKD

zu reformieren, muß wohl die Aufgabe stehen, analog zu ökumenischen Konsensusdialogen in wesentlichen Kontroversfragen (Eucharistie und Amt) ein Einverständnis des Glaubens zu erzielen, das nicht nur Theologen, sondern den Gläubigen an der Basis einsichtig und realisierbar erscheint.

Da liegt die Berechtigung des Widerstandes der Evangelikalen, denen man mit dem Vorwurf „Provinzialismus“, der sie übrigens gar nicht stören dürfte, nicht ganz gerecht wird. Der Protestantismus als solcher bzw. sein 19. Jahrhundert scheint zum Problem geworden zu sein.

J. P. M.

Gesellschaftliche und politische Entwicklungen

Enthüllte Armut in den USA

Bestandsaufnahme der Kehrseiten einer Überflußgesellschaft

Die „Kampagne für menschliche Entwicklung“, eine Einrichtung der US-Bischofskonferenz, hat sich seit ihrer Gründung 1970 durch eine Reihe von praktischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut in den USA bewährt. Jetzt scheint sie den Komplex Armut in den USA auf breiterer Front angehen zu wollen. Vor Jahresende veröffentlichte sie unter dem Titel „Poverty Profile 1975“ eine Studie, zu der es, was Datenfülle und Offenheit der Darlegung betrifft, seit L. B. Johnsons 1964 begonnenem „Krieg gegen die Armut“ nichts Vergleichbares gibt.

Die Vereinigten Staaten von Amerika, inmitten von Inflation und Arbeitslosigkeit gerade den 200. Tag ihrer Gründung feiernd, von innenpolitischen Skandalen und außenpolitischen Schlappen verwirrt und schließlich wieder einmal einem Nerven und Geld aufzehrenden Präsidentschaftswahl-Zirkus ausgeliefert, haben bis heute nicht ihren Vorbild-Charakter und ihr Image eines Landes der individuellen Freiheit und der unbegrenzten Möglichkeiten verloren. Zwar haben manche Entwicklungen der letzten Jahre Zweifel am Wert des amerikanischen Systems aufkommen lassen, doch fehlte es bis heute sowohl an einer wirksamen Opposition wie an einer seriösen Faktenanalyse, die die sozioökonomische Realität der USA schonungslos offengelegt hätten.

Eine katholische Studie erregt Aufsehen

Zumindest das zweite Manko ist jetzt beseitigt – und dies könnte auf lange Sicht durchaus dazu führen, daß auch das erste ausgeschaltet wird. Den Durchbruch durch die Mauer der vertuschenden Schönfärberei und des verschämten Verschweigens startete eine am 8. Dezember 1975 von der „Kampagne für menschliche Entwicklung“

(Campaign for Human Development/CHD) herausgegebene umfangreiche Studie über die Armut in Amerika („Poverty Profile 1975“). Diese von Mariellen Procopio und Frederick J. Perella, Jr. erstellte Analyse schlug in bestimmten Kreisen wie eine Bombe ein, fand andererseits aber selbst in der katholischen Presse der USA bisher nur ein geringes Echo (vgl. NCNS, 26. 11. 75, America, 7. 2. 76). Dabei ist die „Kampagne für menschliche Entwicklung“ immerhin eine seit 1970 bestehende Einrichtung der „United States Catholic Conference“, in der unter Federführung der US-Bischofskonferenz alle katholischen Aktivitäten der USA zusammengefaßt sind. Bereits 1972 hatte sie eine ähnliche Studie verfaßt, doch war die Situation damals noch nicht so brisant. 1974 war man dann in der amerikanischen Öffentlichkeit erstmals hellhörig geworden, als die CHD ein Buch über „Armut in der amerikanischen Demokratie“ („Poverty in American Democracy: A Study of Social Power“) veröffentlichte. Während darin hauptsächlich die Bedeutung und der Herausforderungs-Charakter des Themas für das Selbstverständnis und die Arbeit der katholischen Kirche behandelt wurde, liegt mit „Poverty Profile 1975“ nun eine mit statistischen Daten versehene Untersuchung vor, die sowohl die soziologischen, ökonomischen und politischen Hintergründe als auch die psychologischen Beweggründe und Auswirkungen der Armut in den Vereinigten Staaten darstellt. Im übrigen enthält der Report neben bisher nicht gekannter Systemkritik auch eine Fülle von Anregungen und Forderungen nach Reformen, Abhilfe und grundlegenden Änderungen. Ziel der Untersuchung ist es, ein neues Bewußtsein unter den Katholiken und allen Amerikanern über das Ausmaß der Armut zu wecken, um so zu einem neuen Verständnis dieses Faktums und seiner Gründe und schließlich zu gemeinsamen Anstrengungen bei der Suche nach Lösungen zu kommen.

Die Studie fügt sich ein in das von den Katholiken der USA als Beitrag zur 200-Jahr-Feier gewählte Motto „Freiheit und Gerechtigkeit für alle“. Dieses im Rahmen vieler Vorbereitungstreffen ausgearbeitete Programm hat sich zwar bereits viel Kritik eingehandelt, kann aber andererseits als bedeutsamer Motor für ein breitgefächertes Umdenken innerhalb des amerikanischen Katholizismus angesehen werden. Der bekannte katholische Soziologe P. Andrew Greeley SJ wollte dies alles zwar als Ausdruck eines „liberalen Chic“ abtun (in: National Catholic Reporter, 7. 2. 75), mußte sich dann aber gefallen lassen, selbst heftig attackiert und der Gruppe derer mit „konservativem Chic“ (The Nation, 4. 10. 75) zugeordnet zu werden. Die US-Bischöfe haben in diese Kontroverse zwar nicht direkt eingegriffen, durch die Veröffentlichung der Armutsstudie und einer Reihe beachtenswerter Hirtenbriefe in den vergangenen Monaten jedoch einen überraschend klaren und kritischen Standort bezogen. Daß diese kirchlichen Stellungnahmen gerade zu einem Zeitpunkt rigoroser Drosselung von Wohlfahrtsmaßnahmen durch die Regierung Ford kommen, erhöht ihren Stellenwert.

Armut als Kehrseite amerikanischer Lebensform

Die wichtigsten Daten der Studie stammen aus dem Jahr 1974 und beruhen zumeist auf regierungsamtlichen Statistiken. Doch beschränken sich die Autoren keineswegs darauf, diese kommentarlos zu übernehmen. Sie bemühen sich um eine Einordnung von Einzeldaten in das gesamte sozioökonomische Gefüge und um eine Offenlegung der Fehlerquellen und Augenwischerei seitens der amtlichen Stellen.

Nach den Angaben der Studie betrug 1974 das Einkommen einer amerikanischen Durchschnittsfamilie von vier Personen 12 840 \$. Die Hälfte der 55 712 000 Familien verdiente weniger als diese Summe. Etwa 40 Prozent der US-Familien hatten mehr als 15 000 \$ zur Verfügung. Von dieser Gruppe verdienten 11,5 Prozent oder 6,4 Millionen Familien 25 000 \$ oder mehr. Obwohl Inflation und Rezession allen Amerikanern stark zugesetzt haben, änderten sich die Konsumgewohnheiten der meisten Amerikaner bisher nicht wesentlich. Verschiedene Erhebungen zeigen, daß die Amerikaner weiterhin kostspieligen Urlaub verbracht haben, Fernseher und Geschirrspülmaschinen kauften, höhere Arztrechnungen bezahlten und z.B. 10 236 320 Football-Eintrittskarten zum Preis von ca. 7,50 \$ kauften (vgl. CHD-Report). Jede zweite Familie machte 1974 eine große und kostspielige Anschaffung. Die Amerikaner rauchten 576 Milliarden Zigaretten und tranken 137 Millionen Gallonen Whisky (= 517 Millionen Liter) (vgl. Current History, November 1975, 175).

Doch gerade diese Zahlen sind ein Beispiel dafür, wie man ohne detaillierte Aufschlüsselung zu völlig falschen Bil-

dern und Schlußfolgerungen kommen kann. Denn parallel dazu muß man den Anteil der Amerikaner sehen, die von diesem Wohlstand ausgeschlossen sind und den dazugehörigen Lebensstil nur aus der allseits präsenten heilen Welt der Werbung kennen. Sie entbehren oft die grundlegenden Dinge des täglichen Lebens: Nahrung, Kleidung, Obdach, medizinische Versorgung. Selbst nach den Statistiken des amerikanischen staatlichen „Census Bureau“ für 1974 gab es in den Vereinigten Staaten 24,3 Millionen Arme (vgl. NCNS, 5. 9. 75), wobei als offiziell arm diejenigen gelten, deren Einkommen die staatliche *Bemessungsgrenze* – diese liegt für eine Stadtfamilie bei 5038 \$ – unterschreitet. Wenn aber bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 209 Millionen 24,3 Millionen Amerikaner bereits nach den allgemein als unzureichend angesehenen Bemessungskriterien der Regierung zur Kategorie der Armen gerechnet werden, dann erscheinen die zuerst genannten Daten eines fast ungestörten Wohlstands-Fortschritts in einem ganz anderen Licht. Und diese Diskrepanz droht trotz aller Hilfsmaßnahmen eher noch größer zu werden, da die Ausgangspositionen so unterschiedlich sind. Das liegt, wie der Report zeigt, nicht nur am geringen Einkommen, sondern am Fehlen einer ausreichenden Erziehung und einer wirksamen politischen Vertretung. Ähnlich wie im Nord-Süd-Konflikt im Weltmaßstab sind auch die Benachteiligten innerhalb der amerikanischen Gesellschaft dazu verdammt, arm und einflußlos zu bleiben, solange nicht grundlegende Reformen durchgeführt werden. Und danach sieht es derzeit überhaupt nicht aus.

Die CHD stellt an den Anfang ihrer kritischen Beleuchtung der von der Regierung gesetzten Maßstäbe die Feststellung, daß ein typisches Merkmal der amerikanischen Armut auch heute noch ihre weitgehende *Unsichtbarkeit* ist. Man findet die Armen nicht als Bettler und hungernde Kinder auf den Straßen. Belastend wirkt besonders die calvinistische Tradition, die auch heute noch Armut als „Sünde“ oder „Verbrechen“ ansieht. Die schlimmste Armut ist versteckt in abgelegenen ländlichen Gebieten oder hinter städtischen Slum-Fassaden. Man sieht es nicht, daß annähernd 10 Millionen Amerikaner Nacht für Nacht hungrig zu Bett gehen und daß schätzungsweise 25 Millionen an Unterernährung leiden. Man will nicht wahrhaben, daß der Proteinmangel vieler Mütter während der Schwangerschaft oder die Unterernährung der Kleinkinder zu geistigen und physischen Schäden führen, deren Ausmaß derzeit noch gar nicht abzuschätzen ist. Erst kürzlich veröffentlichte das „National Center for Health Statistics“ Daten, die im nachhinein bewiesen, daß die CHD keineswegs Schwarzweißmalerei betreibt. Danach erhält nur eine von vier US-Frauen während der Schwangerschaft ärztliche Betreuung in irgendeiner Form. Bei den anderen Frauen erhöht sich die Zahl der mit Untergewicht geborenen Kinder um das Dreifache, ihre Kinder sind zudem stärker vom frühen Tod und von langsamerer geistiger und physischer Entwicklung bedroht (vgl. NCNS, 12. 1. 76).

Die Millionen *Arbeitslosen* der letzten beiden Jahre sind den Amerikanern bewußt geworden, aber die chronisch Armen sind heute in der Öffentlichkeit unbekannter und unsichtbarer als in den sechziger Jahren. Sie selbst machen sich oft unsichtbar. Unter dem Druck der Umwelt und ihren Prinzipien, die keinen Platz für Armut zulassen, ziehen sie sich zurück und verzichten oft sogar auf die Hilfe durch staatliche Wohlfahrtseinrichtungen. Dazu heißt es im Report: „Die Erfahrung der wirtschaftlichen Schwäche, des rassistischen Vorurteils und der politischen Machtlosigkeit führt zu Selbst-Zweifel, Selbst-Haß, Überzeugungen von der eigenen Bedeutungslosigkeit und Verzweiflung. Gewöhnlich sind die tiefer liegenden Gründe der Probleme wenig bewußt; es gibt wenig Ideen, wie man Hilfe suchen oder sich organisieren kann, um die Lage zu ändern, weder wirtschaftlich noch politisch.“ Im übrigen hat das Zusammentreffen von Armut und Arbeitslosigkeit (bei einer Arbeitslosenquote von derzeit 8,6%) bereits alarmierende Auswirkungen auf das psychische Wohlbefinden und auf die Entwicklung der Kriminalität gebracht (vgl. NCNS, 9. 12. 75). Nach Untersuchungen von *N. Harvey Brenner* von der John Hopkins-Universität ist die wirtschaftliche Instabilität der bedeutsamste Indikator der Fluktuationen in den Nervenkliniken. Augenblicklich sind die Einlieferungen auf einem Höchststand angekommen. Auch die Todesfälle durch Selbstmord stiegen von 1973 bis 1975 um 18 Prozent. Laut FBI-Angaben schließlich stiegen allein 1974 die Eigentumsdelikte um 17,4 Prozent. Wenn auch nicht alle Steigerungen der wirtschaftlichen Rezession zugeschrieben werden können, so ist doch ein Zusammenhang offensichtlich. Hier zeigt sich aber auch, wohin eine Minimalbemessung der Wohlfahrtshilfe führen kann und welche menschlichen und sozialen Probleme damit verbunden sind.

Geht man von den vorherrschenden *amerikanischen Leistungs- und Profitgrundsätzen* aus, dann ergibt sich automatisch der Schluß, daß die Armen aus irgendeinem Grunde nicht „produktiv“ im Sinne der amerikanischen Terminologie sind. Sie werden oder können nicht „gebraucht“ werden, also bietet man ihnen auch keinen ausreichenden „Preis“: „Die Armen haben keine ‚Güter und Dienste‘ anzubieten, die irgendein anderer nützlich genug findet, um sie gegen seine Güter und Dienste (wie angemessenes Einkommen, Krankenversicherung, Mietzuschüsse usw.) einzutauschen.“ Die wirklich Armen, ohne Erziehung, berufliche Qualifikation und ausreichende Gesundheit, gelten in der amerikanischen Gesellschaft als „unzuverlässig“ und „unbrauchbar“. Die Armen selbst müßten sich also als „nutzlos“ vorkommen in einer Gesellschaft, die den sozialen Wert weitgehend vom wirtschaftlichen Leistungsvermögen abhängig macht.

Problematische Bemessungskriterien

Sehr problematisch sind die staatlichen *Bemessungskriterien*, nach denen Armut „festgestellt“ wird. Das amerika-

nische Landwirtschaftsministerium und das Ministerium für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt (HEW) legen die Einkommensgrenze fest, nach der die Armut klassifiziert wird und nach der die Zuschüsse und Hilfen ausgerichtet werden. Es gibt eine gleitende Skala, auf der abgelesen werden kann, welches Mindesteinkommen von der Regierung – unter Berücksichtigung der Familiengröße und der Lebenshaltungskosten in einzelnen Gebieten der USA – für notwendig gehalten wird, um den Grundbedarf an Nahrung, Wohnung, Kleidung und medizinische Versorgung zu befriedigen (vgl. Census Bureau's „Current Population Reports“, Series P-60, No. 99). Diese Maßstäbe werden aber von der „Kampagne für menschliche Entwicklung“ als völlig unzureichend eingestuft. Nicht nur, daß bei dem derzeit gültigen Einstufungsschema weder Alter noch Gesundheit und Geschlecht, weder angeborene Fähigkeiten oder Erziehung und Berufserfahrung noch rassistischer und ethnischer Hintergrund berücksichtigt würden, auch die grundsätzliche Fixierung des Mindesteinkommens sei angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage unrealistisch.

Die Regierung geht gegenwärtig davon aus, daß die Durchschnittsfamilie ein Drittel ihrer Mittel für Ernährung ausgibt. Entsprechend wird amtlicherseits ein Minimum dafür festgesetzt. Diese Summe multipliziert man mit drei und dann noch einmal mit der Anzahl der Familienangehörigen. Die jährlichen Anpassungen erfolgen anhand des Verbraucherpreis-Indexes (CPI). Nimmt man aber die daraus abzulesenden prozentualen Werte der allgemeinen Preisentwicklung zur Grundlage der Ermittlung des neuen Nahrungsmittel-Ausgangswertes, dann ergeben sich derzeit Jahr für Jahr Verschlechterungen statt Verbesserungen für die Betroffenen. Denn allein in den beiden vergangenen Jahren stiegen die Preise für Nahrungsmittel sehr viel stärker als alle anderen dem CPI zugrundeliegenden Preise. Dadurch stieg der „Armut-Index“ nie so stark wie die effektiven Lebenshaltungskosten für die als arm eingestuften Bürger.

Die für 1974 gültige „Armut-Grenze“ von 5038 \$ (pro Jahr) für eine vierköpfige Stadtfamilie bedeutet deshalb im Klartext, daß pro Person pro Tag nur 1,15 \$ für Nahrungsmittel zur Verfügung stehen – eine Summe, mit der in Amerika keine ausreichende Ernährung möglich ist. Geht man von den an Hand der Bemessungskriterien berechneten Zahlen aus, so bedeutet die als Armut-Index genannte Summe, daß einer vierköpfigen Familie für Miete oder Hypothekenabzahlung einer Wohnung oder eines Häuschens pro Monat nur 140 \$ zur Verfügung stehen. Schließlich müssen sich innerhalb dieses Schemas alle vier Personen des Haushaltes mit monatlich pro Person angesetzten 35 \$ für ärztliche und zahnärztliche Behandlung, für Versicherungen, Kleidung, Möbel, Reparaturen, Transportmittel und Schulkosten und auch für kulturelle Belange, für Freizeit und Ferien, begnügen. Spätestens hier zeigt sich die Diskrepanz zwischen Möglichkeiten und Ansprüchen, zwischen Bürokratie und Lebenspraxis. Im

CHD-Report heißt es dazu wörtlich: „Im Lichte der heutigen Preise mutet diese Art von Haushaltsplan für eine vierköpfige Familie wie ein Scherz an – ein schlechter Scherz.“

Hinzu kommt die Tatsache, daß keineswegs alle über diesen als Grenzwert bezeichneten Betrag verfügen. Selbst die Regierung mußte einräumen, daß 50 Prozent aller offiziell nach diesem Maßstab als arm eingestuften US-Bürger mindestens 1538 \$ weniger als die zum Richtwert erhobene Summe zur Verfügung haben. Allein von den 6 502 000 als arm eingestuften alten US-Bürgern bezogen 1974 32,4 Prozent weniger als dem Armuts-Richtwert entspräche. Wo aber die Mittel insgesamt unzureichend sind, kann es nicht ausbleiben, daß die verschiedenen die Armut vergrößernden Faktoren gegenseitig als Verstärker wirken und die Betroffenen sich damit in eine kaum noch lösbare Problemspirale verstricken. Die negativen Auswirkungen auf Gesundheit und Sozialverhalten liegen auf der Hand.

Der sog. „Agriculture's Thrifty Food Plan“, der die Basis der Einteilung darstellt, ist selbst seitens des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums als „eine äußerste Minimalversorgung für Notstandszeiten oder zeitlich begrenzte Anwendung“ bezeichnet worden. Millionen müssen aber selbst danach über Jahre hinweg leben. Würde man aber den nächsthöheren, von der Regierung erarbeiteten Ernährungs-Plan nehmen (Low Cost Food Plan), der für eine vierköpfige Familie 8890 \$ vorsieht, dann wären nach Berechnungen der CHD 63 Millionen oder fast ein Drittel der Bevölkerung der reichsten Nation der Erde arm. Schon bei einer Verschiebung des Verrechnungsverhältnisses für Ernährung und die übrigen Lebenshaltungskosten von derzeit 1:3 auf das von Fachleuten als angemessener bezeichnete Verhältnis von 1:3,5 würde die Zahl der Armen von der amtlichen 24,3-Millionen-Zahl auf mindestens 44 Millionen anschwellen.

Von Regierung und Behörden wird immer wieder darauf verwiesen, daß die Zahl der Armen mittlerweile doch von 39 Millionen im Jahre 1959 auf heute 24,3 Millionen gefallen sei (vgl. u. a. *Decline of Poverty*, in: *Current History*, November 1975, 163). Solch günstige Daten kommen aber nur durch eine *Veränderung des Vergleichsmaßstabes* zustande. So lag – wie der Report nachdrücklich betont – 1959 der Index für die Armutsbemessung auf der Höhe von 54 Prozent des amerikanischen Durchschnittseinkommens (d. h. 2943 \$ bei einem Durchschnitt von 5417 \$). 1974 dagegen entsprach der Armuts-Index nur noch 40 Prozent des Durchschnittseinkommens von 12 840 \$ einer vierköpfigen Familie. Würde man 54 Prozent des Durchschnittseinkommens als Bemessungsgrenze nehmen, dann käme man heute auf eine Zahl von 46 Millionen Armen. Auch eine Einbeziehung der von der Regierung noch als „fast arm“ eingestuften, nämlich derjenigen, die weniger als 125 Prozent des Standard-Armuts-Indexes verdienen, würde zu einer Erhöhung der Anzahl der Armen auf 40 Millionen führen. Ähnliche Ergebnisse zeigen sich bei Anwendung des vom „Bureau of Labor Stati-

stics“ (BLS) errechneten „niedrigen Haushaltsplans“, der unter Berücksichtigung aller Ausgaben ein Mindesteinkommen von 9168 \$ für notwendig hält (immer bezogen auf die vierköpfige Stadtfamilie). In diesem Fall müßten 31 Prozent von 55 712 000 US-Familien bzw. ca. 65 Millionen US-Einwohner als arm eingestuft werden.

Angesichts dieser gänzlich anders ausfallenden Beurteilung der wirklichen Armut kommt der Report zu dem Schluß, die Regierung gehe bei der Erfassung der Armut „radikal unfair“ vor. Selbst bei vorsichtiger Erweiterung der Bemessungsgrenze ergebe sich eine Zahl von 40 Millionen Armen – d. h. einer von fünf Amerikanern fällt darunter: „Dies verdeutlicht, daß die Regierung, gefangen in der politischen Klemme, die Kosten niedrig und das Ansehen hoch zu halten, viel zur Verschleierung der Tatsachen beigetragen hat.“

Die Mythen noch stärker als die Fakten

Bei alledem darf nicht übersehen werden, daß seitens der Regierung in den letzten 15 Jahren eine Fülle von Aktivitäten gestartet wurden. Nur sind viele von ihnen nie richtig in Kraft getreten oder stehen jetzt unter dem Druck, wieder beendet zu werden. Im angelaufenen Wahlkampf haben sich bisher nur sehr wenige Kandidaten entschieden für eine Beibehaltung oder gar Ausweitung der bestehenden Programme eingesetzt. Ohne großen Protest seitens anderer politischer Kräfte konnte Präsident *Gerald Ford* deshalb auch Ende Januar in seiner „State of the Union“-Erklärung rigorose Abstriche im Wohlfahrtssektor bei einer gleichzeitigen Erhöhung des Verteidigungshaushaltes ankünden.

Nur von Seiten der US Catholic Conference war zu hören, der Ruf des Präsidenten nach einem „neuen Realismus“ sei in sich selbst unrealistisch. Sein Programm bedeute den Abbau sozialer Leistungen und erwähne die Realität von 8,5 Prozent Arbeitslosen überhaupt nicht. Die Botschaft sei „einfalllos“ und voller „abgenutzter Rhetorik der Selbstgefälligkeit“. Wenn der Präsident – trotz gegenteiliger Vorschläge einer von Vizepräsident *Nelson Rockefeller* geleiteten Kommission – ein (bisher fehlendes) *nationales Krankenversicherungs-System* unter Hinweis auf die Grenzen der Belastbarkeit der Wirtschaft ablehne, dann zeige dies bereits das ganze Ausmaß der Fehleinschätzung der echten Notwendigkeiten (vgl. NCNS, 20. 1. 76).

Die bisherigen *Hilfsprogramme* reichen von der verbilligten Lebensmittelkarte (Food Stamps) über Schulmahlzeiten und Essensausteilung an alte Menschen bis zu Zuschüssen für ärztliche Behandlung und klinische Versorgung für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Der Bestand all dieser Programme ist aber gefährdet, da einzelne Kongreßabgeordnete oder Pressuregroups immer wieder einzeln bekannt gewordene Mißbräuche zum Anlaß nehmen, das gesamte Hilfsprogramm zu diskreditieren. Das Pro und Contra in diesen Fragen findet sich in den Auf-

zeichnungen entsprechender Kongreß-Hearings (z. B. Congressional Digest, August-September 1973 über Bundeshilfe für Personen mit niedrigem Einkommen, Juni-Juli 1974 über Vorschläge zur Einrichtung eines Bundes-Programmes für eine Nationale Krankenversicherung, Mai 1975 über eine Reform des Food Stamp-Programms). Es wird aber in der breiten Öffentlichkeit zumeist nur emotional und ohne Faktenkenntnis diskutiert.

Der CHD-Report belegt seine Behauptung, daß z. B. das Food-Stamp-Programm in vieler Hinsicht unzureichend ist. Heute kämen zwar 19 Millionen Amerikaner in den Genuß dieser Zuschüsse für den Kauf von Lebensmitteln, doch müßten es bei richtiger Anwendung der Prinzipien 40 Millionen sein. Präsident Ford stimmte jedoch soeben einem Vorschlag zu, den Empfängerkreis auf 15 Millionen zu reduzieren; damit erhöht sich die Zahl der 10 Millionen Hungernden mit Sicherheit. CHD-Kommentar: „Die Existenz von Hunger in den Vereinigten Staaten, die zusammen mit Kanada fast 90 Prozent allen Getreides der Welt ernten, ist eine Realität, die gesehen werden muß.“ Noch aber ist diese Tatsache nicht ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. Hier wie in anderen Bereichen sind derzeit noch die Mythen stärker als die Fakten. In einer „Entmythologisierung“ sieht die CHD deshalb eine wichtige Aufgabe.

Zu diesen Mythen gehört z. B. der Vorwurf, Hilfeempfänger würden sich durch die Mittel der Wohlfahrt „bereichern“. Aber kein einziger Bundesstaat kann mit seinen Hilfen auch nur das von der Regierung definierte Existenzminimum sichern. Dem Vorurteil, die Wohlfahrtsempfänger seien arbeitsunwillig, hält die CHD entgegen, daß von den schätzungsweise 40 Millionen Armen nur 15 Millionen oder 37 Prozent in irgendeiner Form Zuwendungen durch die Wohlfahrt erhalten, daß von diesen 15 Millionen aber 4,2 Millionen alt, gebrechlich oder blind und 7,8 Millionen abhängige Kinder sind. Damit verringert sich die Zahl der erwachsenen Hilfeempfänger, die wirklich arbeiten könnten, auf ganze 3 Millionen. Davon seien wiederum 2,4 Millionen alleinstehende Elternteile mit Kindern. Da alle arbeitsfähigen Wohlfahrtsempfänger bei Arbeitslosigkeit nur dann Hilfe erhalten, wenn sie sich als Arbeitssuchende eingetragen haben, und da sie unter diesem Druck jede Arbeit annehmen müssen, liegt zwar der Prozentsatz der tatsächlich arbeitenden Armen sehr hoch. Nach einer in Detroit vom Arbeitsministerium durchgeführten Erhebung hatten dort 94 Prozent von ihnen eine Beschäftigung. Aber die Entlohnung ist auf Grund der Art der Beschäftigung entsprechend gering.

Neben diesen verbreiteten Vorurteilen gibt es auch die schon fast anklagenden Beschwörungen, die ständig steigenden Wohlfahrtsleistungen für Sozialhilfeempfänger verschlängen einen immer höheren Prozentsatz des Steueraufkommens. Mit diesem Argument starten bestimmte Kreise geradezu einen Kreuzzug gegen die „Almosen-Vergabe“. Auch hier bemüht sich die CHD um eine Klarstellung. Dabei weist sie nach, daß von den Steuer-

erhöhungen der letzten Jahre die niederen Einkommensgruppen viel stärker betroffen waren als die höheren, da sie mehr Spielraum für absetzbare Posten haben. Rund 200 Amerikaner mit Einkommen von mehr als 200 000 \$ im Jahr würden z. B. überhaupt keine Bundeseinkommensteuer zahlen, da sie legale Manipulationsmöglichkeiten durch Lücken im Gesetz gefunden hätten. Nicht zu übersehen sei auch die Tatsache, daß die „Steuern für Soziale Sicherheit“ heute bereits 25 Prozent aller Bundessteuereinnahmen ausmachen, aus denen ja der Großteil der Mittel für die Wohlfahrt entnommen werde. Ein Ehepaar, das zusammen ganze 20 000 \$ verdient, zahle aber in diesen Steuerfonds wegen der Bemessungsgrenze prozentual mehr als ein leitender Angestellter mit einem Jahreseinkommen von 100 000 \$ (vgl. The Nation, 4. 10. 75).

Zerstörte Vorurteile und Klischees

Unzutreffend ist weiter die verbreitete Vorstellung, Sozialhilfeempfänger seien hauptsächlich nur unter den *Farbigen* zu suchen. Nach der offiziellen Statistik sind es 45,8 Prozent Schwarze, 38 Prozent Weiße, 13,4 Prozent Amerikaner spanisch-mexikanischen Ursprungs, 1,7 Prozent pazifisch-asiatischen Ursprungs und 1,1 Prozent Indianer. Im übrigen entsprechen diese amtlichen Daten über die Aufteilung der Sozialhilfe auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen wegen der unterschiedlichen Inanspruchnahme der Hilfe nicht der Realität der Armut. In Wirklichkeit waren 1974 rund 56 Prozent aller als arm eingestuften Weiße, 30 Prozent Schwarze, 11 Prozent spanisch-mexikanischen und 3 Prozent pazifisch-asiatischen und einheimischen Ursprungs. Umgerechnet auf die Bevölkerungsanteile heißt das aber: 8,1 Prozent aller Weißen, 18 Prozent aller Indianer und Amerikaner pazifisch-asiatischen Ursprungs, 24,1 Prozent aller spanisch-mexikanischen und 31,4 Prozent aller Schwarzen sind arm. Zählt man die Indianer getrennt von den pazifisch-asiatischen Amerikanern, erhöht sich bei ihnen der Prozentsatz sogar auf 45–50. Unzutreffend ist auch die Vorstellung, die meisten Armen seien allein in den Slums der Großstädte konzentriert und die Wohlfahrtsempfänger vergrößerten ihre Zuwendungen durch überproportionale Vermehrung. In Wirklichkeit gibt es in diesen Familien im Durchschnitt 2,6 Kinder.

Eine kürzlich fertiggestellte Erhebung über den Zusammenhang von Einkommen und Herkunft brachte im übrigen überraschende Ergebnisse hinsichtlich der *Religionszugehörigkeit* (Ethnicity, Denomination und Inequality, Chicago 1975). Demnach hatten die Juden ein jährliches Durchschnittseinkommen von 13 340 \$, die irischen Katholiken von 12 426, die italienischen Katholiken von 11 748 \$. Es folgen die deutschen und polnischen Katholiken, dann die Anglikaner, Presbyterianer, slowenischen Katholiken, britischen Protestanten, französischen Katholiken, Methodisten, deutschen Protestanten und Lutheraner. Parallel dazu zeigt sich eine Abstufung in der Länge der Ausbildung. Die überraschend hohen Durch-

schnittsverdienste der Katholiken bedeuten aber nicht, daß sie auch entsprechend in der Schicht der 5 Prozent Amerikaner anzutreffen sind, die allein über ein Drittel des Volkseinkommens verfügen.

Anstoß zum Umdenken unter den Katholiken

Dieses für die Katholiken der USA relativ hohe Ergebnis scheint mittlerweile von ihnen auch als echte Herausforderung erkannt zu werden. Würden sich große Teile dieser einigermaßen privilegierten Bevölkerungsgruppe konsequent für Reformen im Sozial- und Wirtschaftsbereich einsetzen, müßte man diese Ansätze und Bemühungen vermutlich ernster nehmen, als wenn die Vorwürfe allein von den unmittelbar Betroffenen kommen. Hier bewußtseinsbildend zu wirken, ist auch der Hauptzweck der Studie. Kritik an 200 Jahren Fehlentwicklungen in einem Sozialsystem, das die Freiheit des Individuums und den Konkurrenzkampf einseitig zum Ideal erklärt, hat es schon bisher gegeben. Daß diese Kritik mehr als berechtigt ist, zeigt sich z. B. schon darin, daß unter Hinweis auf die Ei-

genverantwortlichkeit des Individuums Senat und Repräsentantenhaus bisher sich gegen die Einführung von Pflichtversicherungen ausgesprochen haben. Deshalb ist das Sozialwesen der USA heute in der Hauptsache noch auf Almosen in Notfällen und nicht auf Vorsorge für Notfälle ausgerichtet. Doch jetzt scheinen sich erstmals Kräfte zu rühren, die den Kurs wechseln wollen. Die CHD-Studie will nicht nur die Bemessungsgrundlagen geändert wissen, sondern fordert neben Abbau von Bürokratie bei der Bearbeitung von Anträgen auch grundlegende Strukturänderungen, Umverteilung der Lasten und bessere Vorsorge durch alle. Unüberhörbar sind darüber hinaus die Forderungen der US-Bischöfe nach mehr „sozialer Gerechtigkeit“, wie sie sich zuletzt in einem sehr ausführlichen und konkret gehaltenen Hirtenbrief zur kommenden Wahl fanden. Vielleicht hat dieser Beitrag der katholischen Kirche auf lange Sicht für die amerikanische Gesellschaft größere Bedeutung als alle von Selbstgefälligkeit und nationalem Stolz getragenen Beiträge zur 200-Jahr-Feier, zum Bicentennial 1976, das mittlerweile schon vom Volksmund zum Buycentennial umgetauft wurde.

Norbert Sommer

Ziele, Grundlagen und Grenzen der Sowjetpolitik

Zur Rede von Parteichef Breshnew vor dem XXV. Parteitag der KPdSU

Über den XXV. Kongreß der KPdSU wurde in der westlichen Presse ausführlich berichtet, dabei stand meist das Verhältnis der kommunistischen Parteien des Westens im Vordergrund. Wir beschränken uns hier auf den Teil des Parteitages, der in der breiten westlichen Öffentlichkeit weniger aufmerksam registriert worden ist, auf den Rechenschaftsbericht von Parteichef Breshnew. In seinen Ausführungen artikulierte sich das gewachsene Selbstbewußtsein der Sowjetunion ebenso wie deren in moderaten Formen vorgetragenen offensiven Zielsetzungen in der Außenpolitik. Mit dieser offensiven Außenpolitik korrespondieren aber beträchtliche innenpolitische Schwächen vor allem in der Wirtschaftspolitik.

Vom 24. Februar bis 5. März 1976 fand im Kongreßpalast des Kreml der XXV. Parteitag der KPdSU statt. 4998 ordentliche Delegierte vertraten 15,6 Millionen Parteimitglieder. Die ausländischen kommunistischen Parteien waren durch 103 Delegationen vertreten. Im Mittelpunkt stand der traditionelle „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU über die nächsten Aufgaben in der Innen- und Außenpolitik“, vorgetragen in einem fünfeinhalbstündigen Referat von Generalsekretär Leonid Breshnew. Obgleich es statutenmäßig die Aufgabe eines Parteitages ist, die Generallinie der Politik der Partei festzulegen, so wurden seit den zwanziger Jahren auf Parteitagen keine echten Grundsatzdiskussionen oder gar offe-

nen Kontroversen ausgetragen. Neuorientierungen erfolgen seit langem nicht auf Parteitagen. Die Rolle der Delegierten beschränkte sich auf die Zustimmung zu der im engsten Führungszirkel des Politbüros erarbeiteten Linie. Nur in begrenztem Maße brachten die Begrüßungsreden einiger ausländischer Parteiführer, wie die des italienischen Kommunistenführers *Enrico Berlinguer*, Spannung in den Kongreß.

Klassenkampf als Kehrseite der Koexistenz

Ungeachtet dieser Einschränkung war der Parteitag ein beachtenswertes Forum zur *Artikulation der Generallinie* der KPdSU für die nächsten fünf Jahre und für die Bilanzierung der Erfolge und Mißerfolge seit dem XXIV. Parteitag (1971). In seinem Rechenschaftsbericht beschäftigte sich Breshnew zunächst mit außenpolitischen Fragen. Er entwickelte eine Prognose der weltpolitischen Entwicklung für die nächste Zeit, verbunden mit einer Kritik des eigenen und des gegnerischen Lagers. Was die Perspektive betrifft, so gab er sich optimistisch: „Buchstäblich vor unseren Augen verändert sich die Welt, und sie verändert sich zum Besseren.“ Er ging davon aus, daß „der Einfluß der Länder des Sozialismus auf das Weltgeschehen immer stärker, immer tiefer wird“. Als bedeutsame Erfolge stellte